

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 02.02.2023  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Winter, Maria

#### **SPD-Fraktion**

Kruse, Doris  
Strelow, Gregor  
ten Hove, Andreas

für Harald Hemken

#### **CDU-Fraktion**

Falbe, Ole  
Gröttrup, Bernd

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Meyering, Johannes  
Nützel, Christian

#### **FDP-Fraktion**

Bolinus, Erich

#### **GfE-Fraktion**

Janssen, Bernd

für Jochen Eichhorn

#### **Gruppe DIE FRAKTION**

Greving, Hagen

#### **Beratende Mitglieder**

Eiklenborg, Ralf  
Narewski, Friedrich  
Rölling, Stefan  
Vogler, Jannik

Vertreter der Polizeiinspektion Emden  
Vertreter des Seniorenbeirates  
Naturschutzbeauftragter der Stadt Emden  
Vertreter des Jugendparlamentes

#### **Verwaltungsvorstand**

Krantz, Irina

Stadtbourätin

#### **von der Verwaltung**

Kinzel, Rainer  
Federolf, Christian, Dr.  
Malzahn, David  
Amman, Johannes

#### **Protokollführung**

Schmidt, Claas

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

### **Vortragender Gast:**

Dr. Schoneboom, NLWKN zu TOP 14

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Winter** eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ratspersonen, die Vertreter der Emdener Zeitung sowie Ostfriesen Zeitung, die anwesenden ZuhörerInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Da TOP 14 einen Vortrag eines externen Sachverständigen beinhaltet, wird vorgeschlagen, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

**Herr Nützel** merkt an, dass seine Fraktion einen Antrag gestellt habe, heute einen Bericht über Baumrodungsmaßnahmen auf Emders Stadtgebiet zu hören. Herr Kinzel habe daraufhin geantwortet, dass der Experte zum Thema Wiesenvögel fehle. Herr Nützel führt aus, dass er dies nicht nachvollziehen könne, da der Bericht nicht nur das Thema Wiesenvögel beinhalte. Die nächste Sitzung sei erst im März, dann können keine Baumpflegemaßnahmen mehr stattfinden.

**Herr Kinzel** erwidert, dass der thematische Schwerpunkt im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz das Thema Baumschutzsatzung sei. Aus der Fraktion von Herrn Nützel sei der Vorschlag gekommen, die Baumschutzsatzung fortzuschreiben. Im Ausschuss solle auch die Anfrage zum Thema Baumschutz beantwortet werden. Im Vorstand sei abgeklärt worden, diese Themen gemeinsam zu behandeln, da sie in einem sachlichen Zusammenhang stünden. In der heutigen Sitzung seien bereits zwei Vorträge veranschlagt, der von Herrn Dr. Schoneboom und der von Herrn Amman, deshalb habe man sich darauf verständigt, das Thema im März vorzustellen. Des Weiteren habe Herr Kinzel die Möglichkeit für schriftliche oder telefonische Rückfragen gegeben, welche nicht genutzt wurde. Die Verwaltung sei um Transparenz bemüht.

Gegen den Vorschlag, TOP 14 vorzuziehen, werden keine Einwände erhoben

### Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung beschlossen.

## **Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.11.2022

### **Beschluss:**

Das Protokoll Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.11.2022 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 30.11.2022

### **Beschluss:**

Das Protokoll Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 30.11.2022 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

## **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 6 Sanierung Innenstadt (Lebendige Zentren) – Erweiterung des Sanierungsgebietes (Schritt 2) und Erweiterung des Untersuchungsraums zur Erarbeitung eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) und zur Durchführung Vorbereitender Untersuchungen (VU) gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 18/0294/3

**Frau Krantz** stellt die Erweiterungsfläche des Sanierungsgebietes vor und bittet die Ausschussmitglieder darum, diese mit aufzunehmen.

### **Beschluss:**

1. Für die geplante Erweiterung des Untersuchungsgebietes „Innenstadt“ (Anlage 1 der Vorlage 18/0294/3, rot markierter Bereich) werden „Vorbereitende Untersuchungen“ (VU) durchge-

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

führt. Das Untersuchungsgebiet (grün) inkl. Erweiterung (rot) umfasst den in der Anlage dargestellten Bereich.

2. Für die in der Anlage 1 der Vorlage 18/0294/3 dargestellten Gebiete wird ein Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Lebendige Zentren“ vorbereitet.
3. Die Festlegung der durch die Stadt Emden zu tragenden Kostenanteile erfolgt später durch den Rat im Rahmen des Billigungsbeschlusses zur VU/ zum ISEK (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept).

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 7      82. Änderung des Flächennutzungsplans (Japaninsel);
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
  - Beschluss über die formelle Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB (Stadium II)
- Vorlage: 18/0614

**Beschluss:**

1. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wie in Anlage 2 der Vorlage 18/0614 niedergelegt zu.
2. Der Entwurf und die Entwurfsbegründung der 82. Änderung des Flächennutzungsplans „Japaninsel“ werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von sechs Wochen öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird parallel durchgeführt.

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 8      Bebauungsplan D 168 „Japaninsel“;
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
  - Beschluss über die formelle Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB (Stadium II)
- Vorlage: 18/0613

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden gemeinsam behandelt.

**Herr Malzahn** stellt die Planung für das Bauleitplanverfahren vor. Er erläutert die Ziele dieser Planung und stellt den aktuellen Entwurf vor. Es gehe vorrangig darum, neuen Wohnraum zu schaffen. In der frühzeitigen Beteiligung seien Stellungnahmen eingegangen, welche die Höhe

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

und Länge der Gebäude betrafen. Die Planung wurde daraufhin angepasst. Es könne der nächste Beteiligungsschritt eingeleitet werden.

**Herr Bolinius** stimmt zu, seine Fraktion befürworte die Neuschaffung von Wohnraum.

**Herr Strelow** schließt sich dem an und betont eine Stärkung der Stadtteile, um Abwanderung zu verhindern.

**Herr Janssen** schließt sich ebenfalls an und begrüßt die Schaffung von Wohnraum in Randgebieten und den Dörfern. Er wünsche sich ebenfalls eine Bebauung in Uphusen, da die Dörfer sonst überaltern.

**Herr Gröttrup** stimmt der Vorlage zu.

**Herr Nützel** stimmt zu, weist aber auf die Versiegelung von wertvollem landwirtschaftlichem Boden hin. Er frage sich, ob gewährleistet sei, dass nicht weiterer Boden durch Schottergärten versiegelt werden würde. Er hoffe, dass die Freifläche von 20.000 m<sup>2</sup> erhalten bleibe.

**Herr Malzahn** betont, dass es in den Festsetzungen Verpflichtungen zu PV-Anlagen auf den Dächern oder Dachbegrünung gebe. Zudem seien Schottergärten konkret ausgeschlossen.

**Herr Kinzel** erläutert außerdem, dass das Grundwasser in Emden nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt wird. Der Boden sei gesättigt und das Wasser laufe oberflächennahe ab. Es gebe ein Entwässerungskonzept.

### Beschluss:

1. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wie in Anlage 2 der Vorlage 18/0613 niedergelegt zu.
2. Der Vorentwurf und die Vorentwurfsbegründung des Bebauungsplans D 168 „Japaninsel“ werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von sechs Wochen öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird parallel durchgeführt.

### Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Leitlinien des kurz- bis mittelfristigen Ausbaus von Windenergie- sowie PV-Freiflächenanlagen in Emden  
Vorlage: 18/0664

**Herr Kinzel** leitet in das Thema ein, indem er die Bedeutung Photovoltaik-Nutzung auf Dächern und Parkflächen als wichtiger Teil einer zukünftigen Entwicklung darstellt. Anhand einer Karte zeigt er die Gebiete für Windenergie- und PV-Freiflächenanlagen, sowohl die bereits umgesetzten als auch die geplanten. Emden sei bereits Vorreiter im Bereich Klimaschutz & erneuerbarer Energien. Emden sei die Energie- und Industriestadt Ostfrieslands. Es solle aber auch weiterhin naturnahe Räume geben. Emden habe bereits die Ziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes erreicht. Es müsse jetzt auf Repowering gesetzt werden. Auch die Landesziele für Photovoltaik-

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

anlagen seien bereits vollumfänglich erfüllt. Man müsse die Flächen jetzt verbessern und bündeln. Zukünftig sollen auch alle Bebauungspläne auf das Thema ausgerichtet sein, um die erneuerbaren Energien besser zu nutzen. Nach Ostern soll es auch vom GME einen neuen Sachstand geben, zum Beispiel zu Schulgebäuden. Herr Kinzel hoffe auch, dass die Bürger die Flächen auf Bestandsgebäuden besser nutzen.

**Herr Strelow** stimmt im Namen seiner Fraktion zu. Er betont die Vorreiterrolle Emdens im Thema erneuerbare Energien und auch bei den Themen Konverter, Elektrolyseur, Repowering und PV-Anlagen. Man müsse auch Raum für Aufenthaltsqualität und Natur lassen. Emden könnte nicht die Steckdose für Niedersachsen sein, jetzt seien die anderen Kommunen gefragt. In neuen Baugebieten seien weiterhin neue Möglichkeiten des Ausbaus erneuerbarer Energien gegeben.

**Herr Bolinius** merkt an, dass sich seine Fraktion ausgiebig mit dem Thema auseinandergesetzt habe, man aber zu keinem Entschluss gekommen sei. Es gab zum Beispiel das Argument, dass man sich einenge. Es gebe Personen mit Windkraftanlagen, welche sich nicht erweitern können.

**Herr Bolinius** beantragt die Zurückstellung des Themas bis zur nächsten Sitzung. Er lädt Herrn Kinzel ein, in die Fraktionen zu kommen, um das Thema noch einmal im Detail vorzustellen.

**Herr Nützel** bedankt sich bei Herrn Kinzel für die Darstellung und betont, dass seine Fraktion auch noch Beratungsbedarf habe, auch wenn man das Vorhaben grundsätzlich begrüße. Man habe die dreifach benötigte Fläche für PV-Freiflächen-Anlagen ausgewiesen, was grundsätzlich lobenswert sei, aber man müsse auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen bedenken, welche darunterfallen würden.

**Herr Gröttrup** stellt dar, dass seine Fraktion auch Beratungsbedarf habe, das Vorhaben aber grundsätzlich begrüße.

**Herr Kinzel** schlägt vor, einen Termin zu machen, für alle Fraktionen, die noch Beratungsbedarf haben.

**Frau Krantz** führt aus, dass insbesondere die Regelungen für neue Baugebiete positiv aufgefasst worden seien und man wolle dies auch beim nächsten Bauabschnitt Conrebbersweg so weiterführen, damit die Bürger ihre Dachflächen möglichst effektiv nutzen können.

**Beschluss:** zurückgestellt

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 10    Aufstellung des Bebauungsplans D 150 K, 1. Änderung  
          - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB  
          Vorlage: 18/0663

**Herr Kinzel** stellt den Aufstellungsbeschluss für die Planung D 150 K Wybelsumer Polder vor. Er erläutert die Kompensationsflächen, die für den B-Plan D 150 Rysumer Nacken vorgesehen sind und die Historie der Maßnahme. Bis jetzt seien keine Kompensationsmaßnahmen erfolgt, die Flächen seien aber planerisch gesichert worden. Es gebe aber auch die Möglichkeit eventuell an anderer Stelle zu kompensieren. Der Investor wolle nun eine PV-Anlage als Zwischennutzung installieren. Die Windkraftanlagenstandorte sollen erhalten bleiben. Es gebe eine Flächenoption für einen Elektrolyseur. Die Grundidee sei, die PV-Energie für Wasserstoff zu nutzen. Der Investor wünsche eine Zwischennutzung für 50 Jahre, dies sei aber noch Teil der folgenden Abstimmung. Es handele sich um ein Hafenvorranggebiet, deshalb müsse die Landes-

## **Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**

regierung einer Zwischennutzung zustimmen. N-Ports müsse auch involviert werden, die prinzipielle Bereitschaft sei aber vorhanden. Die Verlagerung der Kompensationsmaßnahmen sei vollumfänglich nötig, um die Ansiedlung von Betrieben im Bebauungsplan D 150 nicht zu gefährden. Die Dauer der Befristung des Bebauungsplans müsse sich entsprechend der mittelfristigen Hafen- und Flächenentwicklung sowie der Vertragslaufzeiten der alternativen Kompensationsflächen orientieren. Zudem sei langfristig eine Verkehrsstrasse für den Bereich geplant, dies werde planerisch berücksichtigt. In dem Bereich gebe es außerdem alte Windenergieanlagen, eventuelle Repowering-Entwicklungen in dem Bereich seien nicht durch die Planung gestört, da man die PV-Anlagen auch umstellen könne.

**Herr Bolinius** weist auf die Historie des Verfahrens hin, welches zuerst am Rysumer Nacken geplant war. Seine Fraktion begrüße das Verfahren in vollem Umfang. Er frage sich aber, ob die Befristung festgesetzt werden müsse.

**Herr Kinzel** erwidert, dass man sich Gedanken um eine sinnvolle Befristung machen werde und den Rat noch entsprechend informiere. Der Investor benötige auch Planungssicherheit.

**Herr Meyering** liest aus dem Gutachten vor und weist darauf hin, dass der Boden einen hohen landwirtschaftlichen Wert besitzt. Er frage sich, wie das mit dem vorhin vorgestellten Konzept einherginge.

**Herr Janssen, Herr Strelow und Herr Gröttrup** begrüßen das Projekt und möchten die zukünftige Entwicklung des Rysumer Nackens und die Fragen der Laufzeit mitberücksichtigt wissen.

**Herr Nützel** weist darauf hin, dass man sich entscheiden müsse, wo man PV-Projekte umsetzen wolle und stellt die Fläche entlang der A31 infrage. Eine Umsetzung beider Projekte gehe zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen.

**Herr Kinzel** merkt an, dass die Bundespolitik eine Entwicklung an Autobahnen forcieren.

**Der Ausschuss** lässt auf Nachfrage Herrn Andreas Docter als Vertreter des Investors zu Wort kommen.

**Herr Docter** stellt dar, dass die Flächen, die man ausgewählt habe, Hafenentwicklungsflächen seien und somit langfristig keine Chance hätten, landwirtschaftlich genutzte Flächen zu bleiben. Man werde die Flächen nicht versiegeln. Die Module seien lichtdurchlässig und die Entwässerung werde gewährleistet. Es soll Wasserstoff für grüne Mobilität produziert werden. Deswegen seien große Flächen notwendig und sinnvoll

### **Beschluss:**

Der Bebauungsplan D 150 K, 1. Änderung „Windenergie- und Photovoltaikpark Wybelsumer Polder“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB gem. § 9 Abs. 2 S.1 BauGB befristet aufgestellt.

Bei der Planaufstellung sind die Belange der Hafenentwicklung und Windenergienutzung vorrangig zu berücksichtigen

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 11 Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan D 151, IV. Abschnitt Baugebiet Kaserne Mitte"  
Vorlage: 18/0665

### **Beschluss:**

Die Stadt Emden schließt mit der WRM Wohnresidenz Mitte GmbH den als Anlage 1 der Vorlage 18/0665 beigefügten städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB über die Aufstellung des Bebauungsplans D 151, IV. Abschnitt.

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 12 Bebauungsplan D151, IV. Abschnitt „Baugebiet Kaserne Mitte“ gemäß § 13a BauGB  
Aufstellungsbeschluss (Stadium I)  
Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Stadium II)  
Vorlage: 18/0666

Die Tagesordnungspunkt 11 und 12 werden gemeinsam behandelt.

**Herr Malzahn** stellt die Planung am Kasernengelände vor. Es soll Wohnbebauung geschaffen werden. Im Mischgebiet kann zusätzlich Gewerbe geschaffen werden. In den Festsetzungen werden Schottergärten ausgeschlossen und PV-Nutzung/Dachbegrünung vorgeschrieben. Außerdem soll ein bestimmter Anteil Sozialwohnungen und Seniorenwohnungen entstehen.

**Beschluss:**

1. Der Bebauungsplan D 151, IV. Abschnitt „Baugebiet Kaserne Mitte“ (Stadtteil Barenburg) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 zeichnerisch dargestellt, beschlossen.
2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.
3. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung wird für die Dauer von einem Monat gemäß § 13a BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt und zeitgleich die Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB durchgeführt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 13 Vorstellung Planung Spielplatz Burgplatz  
Vorlage: 18/0660

**Herr Amman** stellt die Planung des Spielplatzes am Burgplatz vor. Er zeigt die Historie anhand verschiedener Ansichten. Die Planung beinhaltet unter anderem Konzepte integrativer Art, so sollen zum Beispiel RollstuhlfahrerInnen die Spielgeräte zum Teil befahren und mitnutzen können. Es ist geplant, den Spielplatz noch in diesem Jahr fertigzustellen.

**Frau Winter** bedankt sich bei Herrn Amman.

**Frau Kruse** freut sich, dass die Aufenthaltsqualität in der Emder Innenstadt verbessert wird und dass Bewegungsmöglichkeiten für Kinder geschaffen werden.

**Herr Falbe** hebt positiv hervor, dass auch in der Bewegung eingeschränkte Menschen den Spielplatz nutzen können sollen. Er bemängelt allerdings, dass Jugendliche bei der Planung nicht berücksichtigt würden.



## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Herr Amman** bedankt sich für die Anregung, man versuche auch Jugendliche generell zu berücksichtigen. Beim Burgplatz gebe es durch den Denkmalschutz bei der Planung enge Vorgaben. Bei einer zukünftigen Planung - am Delft beispielsweise - werde man versuchen, die Belange Jugendlicher mehr zu berücksichtigen.

**Herr Bolinius** lobt die Planung, möchte aber gerne eine Kostenschätzung haben.

**Herr Amman** erläutert, dass die Kosten über den Verwaltungsausschuss bei der Ausschreibung bekanntgegeben werden. Das Projekt werde mit 2/3 Fördergeldern gefördert.

**Herr Meyering** lobt die Entwürfe und merkt an, dass man die Aufenthaltsqualität von Eltern und Begleitpersonen mitbedenken sollte.

**Herr Amman** erklärt, dass man Bänke aufstellen werde und auch die Beleuchtung verbessern werde. Für Personen mit eingeschränkter Mobilität soll es auch Möglichkeiten geben.

**Herr Falbe** merkt an, dass weiße Bänke pflegeintensiv sind.

**Herr Amman** erläutert, dass der BEE sich um eine regelmäßige Pflege kümmern werde.

**Herr Nützel** lobt die Planung und vor allem den historischen Bezug. Er schlägt vor, eine Tafel anzubringen, auf der visuell der historische Bezug dargestellt ist.

**Herr Amman** sagt, dass es am Burgplatz bereits eine Tafel gebe, man werde aber versuchen, den Vorschlag von Herrn Nützel zu beachten, da die vorhandene Tafel schon etwas älter sei.

**Herr Janssen** begrüßt die Maßnahme und freut sich, dass der Bereich aufgewertet wird.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN**

TOP 14 Vorstellung Erkenntnisse Forschungsstelle Küste Anstieg des Meeresspiegels;  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2022  
Vorlage: 18/0651

**Herr Strelow** betont die Wichtigkeit des Themas Küstenschutz im Rahmen des Klimawandels. Das Thema Deichsicherheit sei für die Region von besonderer Bedeutung, weshalb die SPD die Anfrage für einen Vortrag zum Thema gestellt habe.

**Herr Dr. Federolf** bedankt sich bei Herrn Strelow für die Einführung in das Thema und heißt Herrn Dr. Schoneboom vom NLWKN im Ausschuss willkommen.

**Herr Dr. Schoneboom** bedankt sich für die Einladung und stellt eine Übersicht über seinen zu haltenden Vortrag, welcher sich mit Küstenschutz in Emden und der Krummhörn befasst, vor. Anhand eines Luftbildes erläutert er zunächst die Bestandssituation der aktuellen Hauptdeichlinie. Seit 2005 wurden 23,9 km Deich im vorgestellten Bereich erhöht. Im Bereich des Rysumer

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Nackens befinde sich ein hochgelegenes Vorland, durch welches der Bemessungswasserstand für den Sturmflutfall nicht bis an den Deich heranreiche, zumindest was ein erhöhtes Schadenspotenzial durch Wellengang betreffe. Im restlichen Bereich seien alle Deiche vorsorglich erhöht worden und es bestehe keinerlei Potenzial für eine Gefährdung.

**Herr Dr. Schoneboom** stellt die aktuellen Planungen am Rysumer Nacken unter Berücksichtigung der Bemessungswasserstände, der Bestickfestsetzungen und der Ist-Höhe vor. Ca. 80% des Hauptdeiches befänden sich unterhalb des Bemessungswasserstandes, weshalb zumindest theoretisch die Gefahr einer Unterspülung bestehe. Aufgrund des höher gelegenen Deichvorlandes gebe es aktuell aber keine akute Gefahr.

Weiterhin stellt Herr Dr. Schoneboom anhand eines Luftbildes die Hauptdeichlinie und Verwaltungen im Bereich des Rysumer Nackens dar. Außerdem geht er in seinem Vortrag auf die Eigentümer und die Erschließung über die Straße an der Knock ein.

**Herr Dr. Schoneboom** erläutert das Höhenmodell, welches mithilfe von Laserscandaten aus 2021 erstellt worden sei. Anhand verschiedener Wasserstände stellt er die potenziellen Überflutungsareale vor. Dort würden ab einem Wasserstand von + sechs Metern NHN Bereiche überströmt. Bei einem Bemessungswasserstand ab + sechs Metern dreißig NHN würden weitere Bereiche überspült. Der zukünftige Bemessungswasserstand sei sechs Meter achtzig, plus einer Sicherheitserhöhung von 50 Zentimetern.

**Herr Dr. Schoneboom** kommt zu dem Ergebnis, dass der Hauptdeich am Rysumer Nacken Ausbaubedarf habe. Deshalb habe der NLWKN die Aufnahme von Planungen begonnen. Es sollen weiterhin verschiedene Variantenuntersuchungen erfolgen. Bei den Planungen soll das neue Vorsorgemaß Berücksichtigung finden. Gleichzeitig sollen bei den Planungen auch die Interessen Dritter berücksichtigt werden, wie beispielsweise die Interessen von Gassco, der Deichacht Krummhörn oder der Stadt Emden.

**Herr Dr. Schoneboom** stellt anschließend die Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsstrategien in Niedersachsen vor. Im sogenannten SROCC-Sonderbericht werden verschiedene Szenarien anhand erwarteter Emissionen von Treibhausgasen betrachtet. Man gehe neuerdings von einem RCP 8.5 Szenario aus, bei dem keine nennenswerten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erfolgen werden. Dies sei einer vorausschauenden globalen Betrachtungsweise geschuldet. Deshalb habe man sich auf ein Vorsorgemaß von 100 Zentimetern verständigt.

**Herr Dr. Schoneboom** trägt dann vor, welche Handlungsziele es für den Küstenschutz gebe, zum Beispiel den Erhalt des Küstenschutzsystems am Festland und auf den Inseln, den Erhalt der derzeitigen Deichlinie und die langfristige Gewährleistung des Sicherheitsstandards für den Küstenschutz. Weitere Maßnahmen seien bauwerkspezifisch, wie beispielsweise die Nacherhöhbarekeit von Hauptdeichen um einen weiteren Meter. Dies erreiche man indem man auf der Binnenseite breitere Bermen anordne. Dies bedeute, dass man sich jetzt schon die Flächen sichere, welche für eine Erhöhung notwendig seien. Außerdem werde die Konstruktion von Deichen mit Sandkern, erosionsfester Kleidecke und widerstandsfähiger Grasnarbe als bevorzugte Bauweise gewählt, welche vergleichsweise leicht an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden könne.

Weiterhin erläutert er, wie der Bemessungswasserstand für die Deichsollhöhe berechnet werde.. Er bestehe aus einer Grundlage, auf welcher die Wellenhöhe und der Wellenaufwurf addiert würden. Zusätzlich gibt es noch das Vorsorgemaß und die Nacherhöhbarekeit, die weitere Sicherheitspotenziale böten.

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Herr Dr. Schoneboom** stellt weitere konzeptionelle Maßnahmen des Landes Niedersachsen für den Küstenschutz vor. Es gebe den Generalplan Küstenschutz, welcher aus den Teilen Festland, Inseln und Schutzdeiche bestehe. Dieser werde vom NLWKN ständig fortgeschrieben und auf aktuellem Stand gehalten. Weiterhin würden auch die Bemessungswasserstände spätestens alle zehn Jahre aktualisiert.

**Herr Dr. Schoneboom** fasst zusammen, dass der Meeresspiegelanstieg nicht abrupt eintrete. Es seien ausreichend Reaktionszeiten vorhanden. Die Auswirkungen des Klimawandels seien sehr langfristig und erfordern dauerhafte Maßnahmen des Küstenschutzes. Die Umsetzung von Maßnahmen der Klimaanpassung erfordern viel Zeit - geben aber auch viel Sicherheit. Das Vorsorgemaß von 50 cm bietet ausreichend Schutz für die nächsten Jahrzehnte. Das Land Niedersachsen führt eine regelmäßige Überprüfung der Soldeichhöhen alle 10 Jahre durch und sorgt für eine stetige Aktualisierung.

**Frau Winter** bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Dr. Schoneboom und lobt den aktuellen Küstenschutz.

**Herr Bolinius** führt an, dass es auch im Bereich Petkum bis Emssperrwerk Deiche gebe und berichtet davon wie er damals vor dem Verwaltungsgericht gegen das Emssperrwerk geklagt habe, weil er den Anstieg des Emsspiegels befürchtete. Er habe damals darauf hingewiesen die Deiche zu erhöhen. Dies sei auch vom damaligen Bundesminister Sander unterstützt worden. Am Ende sei jedoch dann nichts geschehen, da dies von den Fachleuten nicht mehr für notwendig gehalten wurde.

**Herr Dr. Schoneboom** erläutert, dass alle Deiche nach denselben Bemessungsrichtlinien behandelt würden. Auch die Deiche in diesem Bereich seien nachberechnet worden. Anhand der Nachrechnung habe sich ergeben, dass die Deiche eine ausreichende Höhe besitzen würden. Sobald eine Anpassung notwendig sei, würde der NLWKN dort tätig werden.

**Herr Bolinius** berichtet, 2007 habe man gesagt es solle um 50 Zentimeter erhöht werden. 2011 habe das Ministerium gesagt, dass erhöht werden müsse. Es sei nicht erhöht worden, deshalb sei er etwas skeptisch.

**Herr Kinzel** schlägt vor, dass Herr Dr. Schoneboom über das Protokoll die Bemessungen und Deichstände im Bereich Petkum bis Emssperrwerk nachliefert.

### **Information von Herrn Dr. Schoneboom:**

*„Eine Erhöhung der Deiche zwischen Borssum und Gandersum ist derzeit nicht erforderlich. Allerdings werden die Bestickhöhen zurzeit überprüft, da nach aktuellem Kenntnisstand des Weltklimarats, der Meeresspiegelanstieg höher ausfallen könnte, als bisher in der Bestickberechnung berücksichtigt.“*

*Die Deichhöhen zwischen Borssum und Gandersum wurden zuletzt 2011 überprüft. Hierbei wurde eine Erhöhung des Wasserstandes durch Klimaänderungen in einer Größenordnung von 50 cm berücksichtigt. Außerdem ist die Auswirkung der Reflexionswelle des Emssperrwerkes enthalten. 2019 wurden diese Ergebnisse in das amtliche Bestick überführt. Noch liegen die SOLL-Höhen unterhalb der IST-Höhen, die Deiche entsprechen also dem im NDG vorgegebenen Sicherheitsstandard. Nun werden die Berechnungen mit einer klimawandelbedingten Wasserstandserhöhung von 100 cm wiederholt. Ob dann eine Deichverstärkung erforderlich werden wird, kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.“*

**Herr Strelow** fragt nach, wann mit Ergebnissen der Planung des NLWKN am Rysumer Nacken gerechnet werden könne.

**Herr Dr. Schoneboom** erläutert, dass man gerade erst mit den Planungen begonnen habe. Dies werde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Er rechne mit einem Ergebnis Ende nächsten Jahres.

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

**Frau Winter** bedankt sich bei Herrn Dr. Schoneboom für seine Ausführungen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Frau Krantz** kündigt einen Sachstandsbericht zum Thema „Perspektive Innenstadt“ an. Die Maßnahmen müssen bis März beziehungsweise Mai 2023 umgesetzt werden. Alle zwölf gestellten Anträge seien bewilligt worden.

**Frau Krantz** bedankt sich bei Frau Ring, der Innenstadtkoordinatorin.

**Frau Krantz** erläutert die Ziele des Sofortprogramms und stellt die einzelnen Maßnahmen mit jeweiligem Status und Projektende-Termin vor. Der Zeitplan sei eng getaktet, werde aber bei allen Maßnahmen eingehalten.

Weiterhin berichtet Frau Krantz, dass Ende der Woche einige Parklets aus der Neutorstraße entfernt werden, um Platz für die Baustellen zu schaffen, welche der Sanierung der Hausanschlüsse dienen sollen.

**Herr Bolinius** bittet darum, dass man den Fraktionen die Präsentation zur Verfügung stellt, nicht mit dem Protokoll, da dies zu lange dauere.

TOP 16 Anfragen

### 16.1

**Herr Strelow** bittet darum, dass wenn die Projekte der Perspektive Innenstadt fertiggestellt sind, diese nochmal dem Ausschuss vorgestellt werden.

### 16.2

**Herr Strelow** bittet um einen Sachstandsbericht zum Thema Ültje Gelände im nächsten Ausschuss.

**Herr Kinzel** erwidert, dass es im nächsten Ausschuss dazu den nächsten Schritt im Bauleitplanverfahren geben werde.

### 16.3

**Herr Gröttrup** bemängelt die Straßenbaustelle Zwischen beiden Sielen. Er ist sowohl mit der Zeitplanung als auch mit der Herrichtung der Baustelle unzufrieden und möchte wissen, wann die Baumaßnahme fertiggestellt sein wird.

**Frau Krantz** erwidert, dass man spätestens im Sommer die Maßnahme abschließen werde.

**Herr Strelow** möchte im nächsten Ausschuss einen Punkt: Sachstandsbericht; Krisenmanagement.

**Herr Kinzel** weist darauf hin, dass dies eine Frage für den BEE-Ausschuss sei. Man werde dies weiterreichen.

**Frau Winter** fasst zusammen, dass die Verwaltung den BEE über das Protokoll informiert, um einen Sachstandsbericht im BEE-Ausschuss zu erhalten.

## Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

### 16.4

**Herr Nützel** fragt noch einmal zur Baumschutzsatzung, ob diese im nächsten Ausschuss behandelt werde.

**Herr Kinzel** bejaht dies.

### 16.5

**Herr Nützel** fragt nach, ob es bereits die versprochenen Flächen für die Bürgerinitiativen gebe, auf welchen diese Bäume pflanzen wollten.

**Herr Kinzel** teilt mit, dass seiner Kenntnis nach diesbezüglich der Kontakt über das Vorstandsbüro derzeit laufe.

### 16.6

**Herr Nützel** hatte im Dezember einen Sachstandsbericht zum Radweg Frisiaschloot angefragt. Es wurde erfragt, ob die Maßnahmen für Fledermäuse und Schleiereulen bereits umgesetzt worden seien. Hierauf hätte er keine Antwort erhalten.

**Herr Kinzel** merkt an, dies sei eine Maßnahme des BEE, dieser werde noch einmal an eine Antwort erinnert.

**Herr Nützel** gibt zu bedenken, dass der Zeitraum für eine Umsetzung knapp sei.

### 16.7

**Herr Nützel** erklärt, dass in Conrebbersweg sechs gesunde Bäume gerodet worden seien. Er wolle wissen, ob nicht diskutiert worden sei, diese Bäume zu erhalten.

**Herr Kinzel** erläutert, dass die Verwaltung stets bemüht sei, Bäume zu erhalten. Es sei diskutiert worden, allerdings erfordere der Straßenquerschnitt eine Rodung. Die Bäume sollen im nördlichen Bereich ersetzt werden.

### 16.8

**Herr Nützel** bedankt sich bei Herrn Dr. Federolf für die Beantwortung einer Anfrage zur Krebschere. Nun möchte er wissen, ob die Krebschere, welche von Conrebbersweg nach Marienwehr umgesiedelt werden sollte, auch tatsächlich umgesiedelt worden sei, da diese nicht im Monitoring-Bericht auftauche

**Herr Kinzel** möchte diese Frage an den Gutachter weiterleiten und übers Protokoll beantworten.

### **Antwort des Planungsbüros S 4:**

An den im Umweltbericht bezeichneten Standorten der Krebschere erfolgte bisher kein Eingriff, d.h. keine Veränderung der Gestalt oder Nutzung des Grabenabschnitts oder eine Veränderung des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, wodurch die Pflanzen beeinträchtigt werden könnten. Auch ist hier nach Kenntnis der Umweltbaubegleitung kein derartiger Eingriff geplant. Eine Umsiedlung der Krebscheren zum Schutz der Pflanzen bzw. zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen war damit bislang nicht erforderlich.

### 16.9

## **Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**

**Herr Janssen** merkt an, dass der BEE Baumscheiben zupflastere und möchte wissen, ob dies in Zukunft auch an anderen Stellen im Stadtgebiet geschehen solle.

**Herr Kinzel** weist darauf hin, dass dieses Thema auch in den BEE-Ausschuss gehöre. Die Stadt sei bemüht die Bäume immer zu ersetzen und neue Baumscheiben zu schaffen. Einige Standorte seien in der Vergangenheit unglücklich gewählt worden oder zu klein gehalten. Der BEE achte zukünftig auf Nachhaltigkeit.

**Frau Krantz** fügt an, dass dieses Thema im BEE-Ausschuss behandelt werden wird.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.